

# Antrag Nr. A117/2022

FDP / MfM-Fraktion · Rathaus E 5 · 68159 Mannheim

Oberbürgermeister  
der Stadt Mannheim  
Herrn Dr. Peter Kurz  
Rathaus, E 5  
68159 Mannheim

<b>STADTMANNHEIM</b> <sup>2</sup> Der Oberbürgermeister Fachbereich Demokratie und Strategie Eingang Antrag/Anfrage: <b>28.03.2022</b>	
Federführendes Dezernat: <b>IV</b>	Mitzeichnende/s Dezernat/e: <b>I II V</b>

FDP / MfM – Fraktion  
Fraktionsvorsitzende:  
Dr. Birgit Reinemund

Rathaus E 5  
68159 Mannheim

Tel.: +49 621 293-9405  
Fax: +49 621 293-9536  
[Fdp-mfm@mannheim.de](mailto:Fdp-mfm@mannheim.de)

25. März 2022

## Antrag zur Sitzung des Gemeinderates am 12. April 2022

### Anwohnerschutzkonzept korrigieren – Stadtteilzentren erhalten

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, um die negativen Auswirkungen des Anwohnerschutzkonzeptes zur BUGA für die Stadtteilzentren abzumildern und prüft insbesondere folgende Maßnahmen:
  - a. Verlängerung der Parkzeiten von bisher 2 auf vier Stunden (Parkscheiben-Regelung) in allen dafür vorgesehenen Bereichen.
  - b. Ausgabe von Anwohnerparkausweisen für alle lokalen Gewerbetreibende und Dienstleister, Apotheken, Praxen, Pflegedienste, Gastronomie usw.
  - c. Ausgabe einer ausreichenden Anzahl von Gastausweisen/Sondergenehmigungen für Mitarbeiter sowie Kunden und Dienstleister lokaler Geschäfte/Praxen mit längerem Aufenthalt.
  - d. Ausgabe von Gästeparkausweisen für betreuende Familienangehörige und Gäste von Privatpersonen.
  - e. Ausweisung von alternativen Parkflächen für Inhaber von Gästeausweisen oder Sondergenehmigungen, falls das Anwohnerparken nicht entsprechend ausgeweitet werden kann, z.B. den Parkplatz bei der Kulturhalle Feudenheim.
  - f. Befristung des Anwohnerschutzkonzeptes inklusive aller Sonderregelungen auf die Zeit der BUGA.
  
2. Sollte keine für Anwohner, Selbständige und Kunden akzeptable Lösung gefunden werden können, nimmt die Verwaltung das Anwohnerschutzkonzept zurück.

### Begründung:

In den vom Anwohnerschutzkonzept betroffenen Stadtteilen Neuostheim/Neuhermsheim, Käfertal und Feudenheim sehen die lokalen Betriebe ihre Geschäftsgrundlage gefährdet, wenn Geschäftsinhaber sowie deren überwiegend von außerhalb kommenden Mitarbeiter keine Möglichkeit mehr haben, im Ort zu parken. Zudem reicht vielen Kunden selbst die 2-Stunden-Parkbegrenzung nicht aus, seien es Patienten, Seminarteilnehmer, Hotelgäste oder beim

Wahrnehmen von Beratungsangeboten. Gerade Feudenheim hat glücklicherweise noch ein sehr lebendiges Stadtteilzentrum mit allen Anbietern von Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs und ist damit besonders von den geplanten Einschränkungen betroffen. Es kann nicht Ziel der Stadt sein, wegen einer Bundesgartenschau noch intakte Nahversorgungsstrukturen in den Stadtteilen zu gefährden. Ziel war es, die Anwohner vor dem Ansturm der BUGA-Besucher zu schützen. Bleibt die Frage, ob die Anwohner diesen Schutz unter diesen Voraussetzungen akzeptieren oder ob nicht geeignetere Lösungen zu finden sind. In der jetzigen Ausgestaltung schadet das Anwohnerschutzkonzept mehr als es nutzt. Hier muss die Stadt und der Gemeinderat dringend nachsteuern. Wenn keine Entlastungsmaßnahmen für die Betriebe vor Ort und betreuende Familienmitglieder aus Sicht der Verwaltung möglich sind, muss das Konzept grundsätzlich hinterfragt werden. Es nützt nichts, Anwohner vor Parkdruck zu schützen, wenn dadurch auch noch die letzten lebendigen Stadtteilzentren ausbluten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Birgit Reinemund  
Stadträtin, FDP

Volker Beisel  
Stadtrat, FDP

Prof. Kathrin Kölbl  
Stadträtin, FDP

Wolfgang Taubert  
Stadtrat, MfM